

ALLGEMEINES

ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen. Die organisierte Zivilgesellschaft – der Dritte Sektor – bewegt 89 Mrd. Euro jährlich. Im Jahr 2007 trugen gemeinnützige Organisationen mit 4,1 % zur gesamtwirtschaftlichen Brutto-wertschöpfung von rund 2 200 Mrd. Euro bei. Der Dritte Sektor ist damit in etwa so groß wie die deutsche Bauwirtschaft und halb so groß wie der öffentliche Sektor. Den größten Anteil haben Organisationen aus den Bereichen Gesundheit und Soziales mit 51 Mrd. Euro (58 %). Das vom Stifterverband, der Fritz Thyssen Stiftung und der Bertelsmann Stiftung initiierte Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ liefert Akteuren aus Politik und Wissenschaft, Führungskräften des gemeinnützigen Sektors und der Öffentlichkeit aktuelle Zahlen, die die Zivilgesellschaft differenziert beschreiben. Das Ziel ist eine regelmäßige Berichterstattung in Form eines „Informationssystems Zivilgesellschaft“. Die Ergebnisse der ersten Projektphase liegen jetzt vor und so kann nach über 15 Jahren wieder eine Standortbestimmung der organisierten Zivilgesellschaft durchgeführt werden. Näher Informationen sind im Internet unter der URL: www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de einzusehen. Quelle: *Pressemitteilung der SV Wissenschaftsstatistik gGmbH vom 13.7.2011*

Jahresbericht 2009/10 zur Auswandererberatung vorgestellt. Von November 2009 bis zum Dezember 2010 verzeichnete das Statistische Bundesamt Fortzüge in das Ausland von rund 750 000 Personen. Die Informationsstelle für Auswanderer und Auslandstätige legt nun den Jahres- und Tätigkeitsbericht zur Auswandererberatung 2009/2010 vor. Der Bericht enthält anknüpfend an den Vorjahresbericht unter anderem eine Zusammenstellung von Fachinformationen aus dem Bereich des deutschen und internationalen Auswandererwesens. Besonders interessant sind sicherlich die fortgeschriebenen Vergleiche mit den Fachinformationen des Vorjahresberichtes (z.B. die Entwicklung der Auswandererzahlen oder die „Top 10-Zielländer“ deutscher Emigranten), an denen signifikante Tendenzen und Trends abzulesen sind. Die vorliegende Publikation, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verfasst wurde, berichtet zusätzlich über die vielseitigen Tätigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Informationsstelle. Das BVA feierte im Jahr 2010 sein 50-jähriges Bestehen. Zu seinen Aufgaben zählt die Beratung von Auswanderungswilligen, die Vorbereitung der Auswanderung und die Fürsorge für die Auswanderinnen und Auswanderer. Der Bericht kann im Internet unter der URL: http://www.bva.bund.de/cln_101/nn_372376/DE/Aufgaben/Abt__II/Infostelle_AuswanderungAuslandstaetigkeit/Aktuelle/Meldungen/jahresbericht__pdf__2009__2010,templateId=raw_property=publicationFile.pdf/jahresbericht__pdf__2009__2010.pdf abgerufen werden. Quelle: *Mitteilung des Bundesverwaltungsamtes vom 2.8.2011*

SOZIALES

889 000 Langzeitarbeitslose im Mai 2011. Davon waren 15 000 zwischen 55 und 60 Jahre alt und 63 000 zwischen 60 und 65 Jahre alt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor, in der diese nach der Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt gefragt hatte. Aus der Antwort geht ferner hervor, dass im Februar 2011 3,53 Mio. Menschen ab dem 15. Lebensjahr seit wenigstens zwölf Monaten ununterbrochen Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) erhielten. Darunter waren 880 000 Erwerbstätige. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der Leistungsberechtigten mit wenigstens zwölf Monaten Leistungsbezug um 74 000 oder 2 % gesunken. Quelle: *Heute im Bundestag vom 11.7.2011*

VdK fordert Armutsbekämpfungsprogramm.

Durch eine aktuell veröffentlichte Analyse der Vereinten Nationen über die soziale Lage in Deutschland sieht der Sozialverband VdK seine Position bestätigt, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, endlich ein umfassendes Armutsbekämpfungsprogramm zu entwickeln. Ein erster Schritt wäre die Einsetzung von Armutsbeauftragten auf Bundes- und Landesebene, um Maßnahmen der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungspolitik hinsichtlich der Armutsbekämpfung zu koordinieren. Die UN-Analyse bezieht sich auf Zahlen aus dem Jahr 2008 und als besonders erschreckend sieht der VdK die Tatsache an, dass sich im Bereich Kinderarmut seither kaum etwas bewegt hat. Das Bildungspaket der Bundesregierung laufe weitgehend ins Leere, viel effektiver wäre es, diese Mittel dort einzusetzen, wo Kinder Tag für Tag betreut werden, in Schulen, Kitas und Kindergärten. Hier ließe sich ein diskriminierungsfreier Umgang auch viel besser realisieren, denn durch den Gang zum Amt fühlten sich viele arme Familien stigmatisiert. Die hohe Zahl der so genannten „Aufstocker“ – der UN-Bericht geht von 1,3 Mio. Menschen aus, deren Einkommen trotz Arbeit nicht ausreicht – werden als Zeichen einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik, die zu stark auf Niedriglöhne und Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit setzt gedeutet. Schon jetzt sei festzustellen, dass die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter deutlich wächst: Zwischen 2003 und 2009 war ein Anstieg um 55 % zu verzeichnen. Der VdK warnt vor einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, die den sozialen Frieden gefährdet. Quelle: *Pressemitteilung des Sozialverband VdK Deutschland e.V. vom 6.7.2011*

GESUNDHEIT

Studie zu Wartezeiten auf Psychotherapie. Laut einer Anfang dieses Jahres von der Bundespsychotherapeutenkammer (BptK) und den Landespsychotherapeutenkammern vorgenommenen schriftlichen Befragung

von 18 149 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die einen Rücklauf von 9 272 Antworten ergab, liegt die durchschnittliche Wartezeit von gesetzlich versicherten Personen auf ein therapeutisches Erstgespräch bundesweit bei 12,5 Wochen. Fast ein Drittel der Patientinnen und Patienten muss sich sogar länger als drei Monate gedulden, was ein erhöhtes Risiko für eine Verschlimmerung der psychischen Probleme mit sich bringt. Da immer mehr Betroffene direkt in eine Klinik gehen, hält die BptK es für ratsam, anstelle des geplanten Abbaus von 6 000 psychotherapeutischen Praxissitzen die ambulante Versorgung zu erweitern. Nähere Informationen im Internet unter www.bptk.de. Quelle: G+G Gesundheit und Gesellschaft 7-8/2011

Messung des Wohlbefindens bei Demenz. Um die Lebensqualität und die Pflege von demenziell erkrankten Menschen zu verbessern, entwickelte die Bradford Dementia Group, eine akademische Abteilung der Gesundheitswissenschaften an der Universität Bradford, mit dem „well-being Profiling“ einen seit dem Jahr 2002 verfügbaren Fragebogen, dessen deutsche Übersetzung der Hamburger Firma Standard Systeme als Grundlage für ein Formular zur Ermittlung des Wohlbefindens diente. Mithilfe eines Punktesystems werden Anhaltspunkte zu 14 Indikatoren erhoben, die im Hinblick auf Bereiche wie Kommunikation, Kreativität, Reaktionsfähigkeit, Freude, Humor, Emotionalität und Selbstrespekt Aufschluss über die innere Verfassung und den Gemütszustand der Betroffenen ermöglichen. Das Ziel besteht darin, durch regelmäßige Beobachtungen auf Veränderungen aufmerksam zu werden und den Erfolg neuer Pflegeinterventionen empirisch messen zu können. Wer das Formular anfordern möchte, findet einen Bestellcoupon im Internet unter www.standardsysteme.de. (Produkte/Formulare/Artikelnr: 82 305) Quelle: das Krankenhaus 8.2011

Forschungsprojekt zur jüdischen Pflege. Im Rahmen des unter anderem von der Robert Bosch Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Jüdische Pflegegeschichte“ befasst sich die Fachhochschule Frankfurt am Main mit der historischen Aufarbeitung der jüdischen Kranken-, Alten- und Kinderpflege der Stadt im Zeitraum von 1870 bis 1945. Das Interesse gilt den Biografien der medizinischen und pflegerischen Fachkräfte, der Geschichte der relevanten Berufsvereinigungen, Stiftungen, Institutionen und Gebäude sowie religiösen Grundlagen, politischem Kontext und den daraus hervorgehenden Pflegekonzepten. In einer Medienbibliothek werden Fotografien, Tondokumente und Filmsequenzen gesammelt. Das Projekt basiert auf der Dokumentation der Pflegewissenschaftlerin Hilde Steppé (1947-1999), die im Jahr 1995 ihre gesamte Quellensammlung zur Geschichte der Krankenpflege der Fachhochschule Frankfurt am Main über gab. Der Web-Auftritt www.juedische-pflegegeschichte.de wird fortlaufend aktualisiert. Quelle: G+G Gesundheit und Gesellschaft 7-8/2011

JUGEND UND FAMILIE

Familienausschuss beantragt Entschädigung

misshandelter Heimkinder. Kinder und Jugendliche, die während einer kommunalen oder kirchlichen Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 zu Opfern von Unrecht und Misshandlungen geworden sind, sollen nach einem Beschluss des Bundestags entschädigt werden. Die Bundesregierung wird in Abstimmung mit den Bundesländern und den Kirchen zeitnah Regelungen zur Entschädigung gemäß den Empfehlungen des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ ausarbeiten und dem Bundestag vorlegen. Neben der Entschädigung, die nicht auf Renten und andere Sozialleistungen angerechnet werden soll, wird eine bessere Prävention vor weiteren Misshandlungen und die Einrichtung regionaler Anlauf- und Beratungsstellen gefordert. Die Entschädigung westdeutscher Heimkinder soll über einen bundesweiten Fonds in Höhe von 120 Mio. Euro finanziert werden. Der Bund, die alten Länder und die Kirchen sollen dafür jeweils 40 Mio. Euro bereitstellen. Die Entschädigung von misshandelten Kindern und Jugendlichen aus Heimen der DDR soll nach dem gleichen Modell und nach den gleichen Maßstäben erfolgen.

Quelle: Heute im Bundestag vom 6.7.2011

Eingetragene Lebenspartnerschaft. 2010 lebten laut Mikrozensus mindestens 23 000 Paare in Deutschland in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in einem Haushalt zusammen. Eine bundesweite statistische Erfassung zu solchen Lebenspartnerschaften findet nicht statt, die Angaben zum Partner im Haushalt sind im Mikrozensus freiwillig. Durch das Jahressteuergesetz 2010 sind Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft im Erbschafts- und Schenkungsrecht Ehegatten gleichgestellt worden, eine Anpassung weiterer steuerlicher Normen wird geprüft – auch mit Blick auf die Rechtsprechung und auf laufende Verfahren zum Ehegattensplitting beim Bundesverfassungsgericht. Quelle: Heute im Bundestag vom 23.8.2011

Mehr Inobhutnahmen durch Jugendämter. Im Jahr 2010 haben die Jugendämter in Deutschland 36 300 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Das waren rund 2 600 (8 %) mehr als 2009. Die Zahl der Inobhutnahmen lag damit um 42 % höher als noch vor fünf Jahren. Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, die sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Grund von Hinweisen anderer (etwa der Polizei oder von Erziehern und Erzieherinnen) in Obhut und bringen sie in einer geeigneten Einrichtung unter, etwa in einem Heim. In vielen Fällen schließt sich an die Inobhutnahme eine Hilfe zur Erziehung an. Für 9 700 (27 %) der jungen Menschen wurde eine Erziehung außerhalb des eigenen Elternhauses

ses, wie in einer Pflegefamilie oder in einem Heim, eingeleitet, in 4 600 (13 %) Fällen eine sonstige stationäre Hilfe, wie in einem Krankenhaus oder der Psychiatrie. 27 100 junge Menschen lebten vor der Inobhutnahme bei ihren Eltern oder einem Elternteil. 15 300 junge Menschen kehrten danach zu den Sorgeberechtigten zurück. Weiter stark zugenommen hat die Zahl der Jugendlichen, die aufgrund einer unbegleiteten Einreise aus dem Ausland in Obhut genommen wurden. Betraf dies im Jahr 2008 noch 1100 Jugendliche, so stieg die Zahl 2009 auf 1950 Jugendliche und 2010 auf 2 800 Jugendliche – ein Anstieg gegenüber 2008 um 157 %. Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13.7.2011

AUSBILDUNG UND BERUF

Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf verabschiedet. Es soll dazu beitragen, die Ressourcen und Talente aller Jugendlichen in den Blick zu nehmen und junge Menschen individuell besser zu fördern. Um den direkten Übergang von der Schule in eine betriebliche Ausbildung zu stärken, müssen konsistente und transparente Wege geschaffen werden. Das Ziel soll darin bestehen, alle jungen Menschen zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung und einem Berufsabschluss zu führen. Bund und Länder werden aufgefordert, die Angebotsvielfalt am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu reduzieren, zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen sowie in eine sinnvolle Struktur vor Ort unter Einbindung der verschiedenen Akteure in regionale Netzwerke einzugliedern. Hierzu sollte das Übergangsmanagement an den Prinzipien einer frühzeitigen Vorbereitung, einer fundierten Berufsorientierung, der individuellen Förderung sowie der Beratung und Begleitung der Jugendlichen ausgerichtet werden. Entscheidend sind die Nähe zur Berufs- und Betriebspraxis, die Einbindung der Wirtschaft und der betrieblichen Praxis sowie eine regionale Koordinierung und Steuerung. Der BIBB-Hauptausschuss hat die gesetzliche Aufgabe, die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten. Dem Ausschuss gehören zu gleichen Teilen Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie der Bundesländer und der Bundesregierung an. Die Leitlinien können im Internet unter der URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Empfehlung_BIBB-HA_Leitlinien_zur_Verbesserung_Uebergang_Schule_-_Beruf_2011_06_20.pdf abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung des BIBB vom 20.6.2011

11.10.2011 Hannover. Fachtagung: Lebenswelten in der Stadt zusammenführen – Interkulturelle Seniorenanarbeit. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

17.-18.10.2011 Krakau/Polen. Erster Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Information: Europäische Kommission, GD Beschäftigung, Soziales und Integration, B-1049 Brüssel, Belgien, Tel.: (gebührenfrei) 008 00/67 89 1011, Internet: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=2&langId=de&acronym=contact#contact>

5.11.2011 Frankfurt. Fachtagung des Frankfurter Arbeitskreises für Psychoanalytische Pädagogik e.V.: „Außenseiter integrieren – Psychoanalytisch-pädagogische Perspektiven auf gesellschaftliche, institutionelle und individuelle Ausgrenzung“ Information: FAPP e.V., Goethe-Universität, Mertonstraße 17, Hauspostfach 62, 60325 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 16 55, E-Mail: sekretariat@fapp-frankfurt.de

5.-6.11.2011 Hamburg. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie: Für's Leben stark. Resilienz- und ressourcenorientiertes Vorgehen. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V., Corrensstraße 44-46, 72076 Tübingen, Tel.: 07071/943 494, E-Mail: awk@dgvt.de

9.-10.11.2011 Berlin. 17. DVLAB Bundeskongress: Leben und Überleben im Heim. Information: Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderten-einrichtungen e.V., Alt-Tempelhof 32, 12103 Berlin, Tel.: 030/383 038-30. E-Mail: info@dvlab.de

9.-10.11.2011 Kassel. Kooperations-Fachtagung: „Geht nicht ... gibt's nicht!“ Berufliche Förderung psychisch erkrankter junger Menschen. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/390 88 111, E-Mail: charlotte.schmid@caritas.de

9.-10.11.2011 Leipzig. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe: Allzuständig? Lückenbürger? Scharnier? – Schnittstellen der Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und Armut zu angrenzenden Hilfesystemen. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Sudbrackstraße 17, 33611 Bielefeld, Tel.: 05 21/1 43 96-0, E-Mail: info@bagw.de

25.-26.11.2011 Dresden. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit: „Diversität und Ungleichheit“. Information: DGSA, Postfach 1129, Schloßstraße 23, 74370 Sersheim, Tel.: 07 042/39 48, E-Mail: dgsa@dgsainfo.de